

## **SO-06 (vormals V-33)** Sozialer Zusammenhalt

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.09.2016

### **Berufliche Bildung gerecht gestalten – Gute Ausbildung für alle garantieren**

1 Bildung ist ein Menschenrecht und damit ein zentraler Schlüssel zur Gestaltung einer  
2 gerechteren Zukunft. Dieser Herausforderung muss sich Grüne Politik mit aller Kraft widmen.  
3 Bildungsgerechtigkeit betrifft dabei nicht nur Kitas, Schulen und Hochschulen. Bundesweit  
4 beginnen jedes Jahr etwa 1,5 Millionen Menschen eine berufliche Ausbildung. Sie spielt damit  
5 eine große Rolle beim Start junger Menschen ins Berufsleben. Damit trägt das duale System  
6 entscheidend zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit bei und bietet Jugendlichen wie Betrieben  
7 gute Zukunftsperspektiven. Zu Unrecht fristet die Berufliche Bildung in der  
8 gesellschaftlichen Debatte oft ein Schattendasein. Grüne Politik fördert deshalb die  
9 Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Sie setzt sich ein für die  
10 gegenseitige Anerkennung und macht sich für gute Ausbildungsbedingungen stark – egal ob im  
11 Studium oder in der Berufsausbildung. Denn klar ist: berufliche und akademische Bildung  
12 müssen gleichwertig sein.

13 Bildungsgerechtigkeit ist für uns das Gegenteil von exklusiver Elitenförderung. Die  
14 Gleichgültigkeit gegenüber sozialer Spaltung lehnen wir entschieden ab. Denn jede\*r hat das  
15 Recht auf eine gute Ausbildung, unabhängig von regionaler oder sozialer Herkunft. Um echte  
16 Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, muss die Spitze breiter und Zugänge geöffnet werden.  
17 Herkunft darf im Jahr 2016 nicht mehr über Zukunft entscheiden.

18 Die Berufliche Bildung steht damit vor großen Herausforderungen. Die demografische  
19 Entwicklung und die stabile Konjunktur haben zwar dazu geführt, dass die Chancen auf einen  
20 Ausbildungsplatz auch für gesellschaftlich benachteiligte Jugendliche theoretisch gestiegen  
21 sind. Dennoch ist der Schritt in eine Ausbildung für viele Jugendliche noch zu groß, weil  
22 sie auf ihrem Weg nicht ausreichend unterstützt werden. Jedes Jahr landen über eine viertel  
23 Million junger Menschen in den Maßnahmen des Übergangsbereichs statt in Berufsschule und  
24 Betrieb. Zehntausende gehen bei ihrer Suche sogar komplett leer aus. Insbesondere für junge  
25 Menschen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss ist die Suche nach einer Lehrstelle oft sehr  
26 frustrierend. Gleiches gilt für Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte. Seit Jahren  
27 bestätigen zahlreiche Studien, dass sie beim Zugang zum Ausbildungsmarkt strukturell  
28 diskriminiert werden. Auch junge Frauen sehen sich häufig mit Vorurteilen und  
29 Diskriminierungserfahrungen konfrontiert, die ihnen die Berufswahl und den Sprung in den  
30 Betrieb erschweren. In einer aufgeklärten Gesellschaft und modernen Bildungsrepublik sind  
31 derartige Missstände in der Ausbildung inakzeptabel und wir wollen sie entschieden  
32 bekämpfen.

33 Doch auch wer einen Ausbildungsplatz gefunden hat, ist häufig mit Schwierigkeiten in Betrieb  
34 und Berufsschule konfrontiert: unbezahlte Überstunden, Verstöße gegen das  
35 Jugendarbeitsschutzgesetz oder mangelhafte Betreuung und die chronische Unterfinanzierung  
36 der beruflichen Schulen sind nur einige Probleme, denen Auszubildende begegnen.  
37 Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns deshalb ein zweifaches: Alle  
38 ausbildungsinteressierten Jugendlichen haben das Recht auf einen Ausbildungsplatz, der sie  
39 auf direktem Weg zu einem vollqualifizierenden Abschluss führt. Sie haben aber gleichzeitig

40 auch den Anspruch auf gute Ausbildungsbedingungen. Es ist die Aufgabe der Politik gemeinsam  
41 mit den Sozialpartnern dieses Recht auf gute Ausbildung für alle jungen Menschen umzusetzen.

42 Damit die Berufliche Bildung auf dem Weg zu einer (bildungs-)gerechten Gesellschaft ihr  
43 ganzes Potenzial entfalten kann, möchten wir das duale System im Sinne der jungen Menschen  
44 vom Kopf auf die Füße stellen. Unser Ziel ist ein gerechtes, vielfältiges und solidarisches  
45 System der Beruflichen Bildung, in dem Gleichberechtigung und gute Ausbildungsbedingungen  
46 selbstverständlich sind. Wir sagen: Was zählt, ist nicht woher jemand kommt, sondern wohin  
47 jemand will.

48 Wir fordern deshalb:

- 49 1. **Ausbildungsgarantie umsetzen:** Jeder junge Mensch hat das Recht auf eine gute  
50 Ausbildung. Damit dieses Recht endlich für alle Wirklichkeit wird, brauchen wir eine  
51 echte Ausbildungsgarantie, die alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen von Beginn  
52 an zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Durch die langfristige und intensive  
53 Betreuung von Jugendlichen schon in der Schule und gezielte Vermittlung soll ihnen der  
54 Weg in eine Ausbildung erleichtert werden.
- 55 2. **Übergangssystem umbauen:** Dazu muss der teure und ineffiziente Maßnahmenschwung am  
56 Übergang Schule-Beruf abgebaut werden. Sinnvolle unterstützende Instrumente wie die  
57 Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen möchten wir ausbauen, damit  
58 mehr Jugendlichen eine Ausbildung im Betrieb gelingt. Alle übrigen Maßnahmen sollen in  
59 die überbetriebliche Ausbildung überführt werden. Die Lerninhalte werden dabei so  
60 strukturiert, dass keine Leistung mehr ohne Anrechnung bleibt. Mit intensiver  
61 fachlicher und sozialpädagogischer Betreuung wird sichergestellt, dass jeder junge  
62 Mensch optimal beim Lernen unterstützt wird. Auch die überbetriebliche Ausbildung  
63 führt zu einem gleichwertigen, vollqualifizierenden Berufsabschluss.
- 64 3. **Gute Ausbildungsbedingungen und -qualität sicherstellen:** Wir stellen uns entschieden  
65 gegen jede Form der Ausbeutung und treten für gute und faire Arbeitsbedingungen ein –  
66 auch und gerade in Ausbildungsverhältnissen. Unbezahlte Überstunden, ausbildungsfremde  
67 Tätigkeiten und Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz dienen nicht der Ausbildung der  
68 Auszubildenden, sondern lediglich dem Profit des Unternehmens. Sie sind deshalb nicht  
69 zu akzeptieren. Wir fordern eine umfassende Richtlinie für Betriebe und Sozialpartner,  
70 die allgemein gültige Qualitäts- und Mindeststandards und die gemeinsamen Ziele der  
71 Berufsausbildung festlegt. Zudem fordern wir die Kammern auf, entschieden gegen  
72 etwaiges Fehlverhalten ihrer Mitglieder vorzugehen und dieses ggfs. auch zu  
73 sanktionieren. Als mitgliederfinanzierter Zusammenschluss von Unternehmen sind die  
74 Kammern bei der Kontrolle von Mindeststandards und Ausbildungsbedingungen natürlich in  
75 einem Interessenkonflikt. Dieser Konflikt muss vor allem im Hinblick auf die  
76 Berufsbildungsausschüsse aufgehoben werden, indem deren Zusammensetzung und Arbeit auf  
77 eine rechtliche und von den Kammern unabhängige Grundlage gestellt wird. Nur so kann  
78 wirksam sichergestellt werden, dass Maßnahmen und verbindliche Regeln gegenüber  
79 Unternehmen durchgesetzt werden.
- 80 4. **Diskriminierung beenden:** Niemand darf aufgrund seiner/ihrer ethnischen oder  
81 kulturellen Herkunft, des sozialen Status, Geschlechts, der Hautfarbe, sexuellen  
82 Orientierung oder einer möglichen Behinderung benachteiligt werden. Dieser Grundsatz  
83 gilt selbstverständlich auch in der Beruflichen Bildung. Um echte Zugangsgerechtigkeit  
84 herzustellen, sind flexible und passgenaue Angebote für Menschen mit speziellem  
85 Förderbedarf deshalb weiter auszubauen. Insbesondere für Auszubildende mit Kindern, zu  
86 pflegenden Angehörigen oder anderen Verpflichtungen fordern wir ein Recht auf  
87 Teilzeitausbildungen. Um die strukturelle Ungleichbehandlung von Menschen mit

88 Migrationshintergrund abzubauen, können anonymisierte Bewerbungsverfahren darüber  
89 hinaus einen wichtigen Beitrag leisten, damit junge Menschen in Zukunft nach Kompetenz  
90 und Potenzialen, und nicht nach Namen und Postleitzahl ausgewählt werden.  
91 Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollten deshalb zur Regel werden.

92 **5. Teilhabe voranbringen:** Die Berufliche Bildung bietet aufgrund ihrer  
93 betriebspraktischen Ausrichtung vielfältige Chancen für junge Geflüchtete. Der Weg zum  
94 Ausbildungsvertrag scheidet heute aber noch viel zu oft an unverantwortlichen sozial-  
95 und aufenthaltsrechtlichen Hürden. Eine berufliche Ausbildung kann für alle  
96 Geflüchtete ein wichtiger Schritt hin zu einem selbstbestimmten Leben sein, unabhängig  
97 von ihrer Bleibeperspektive. Eine Differenzierung nach Bleibeperspektive lehnen wir  
98 deshalb entschieden ab. Damit tatsächlich allen ausbildungsinteressierten Geflüchteten  
99 breite Wege in die Ausbildung geöffnet werden, fordern wir die Öffnung aller  
100 Förderinstrumente ohne Voraufenthaltszeit und unabhängig von Aufenthaltsstatus oder  
101 Bleibeperspektive. Ausbildungsinteressierte Geflüchtete sollen im Rahmen einer  
102 Ausbildungsvorbereitungsphase bereits vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages ein  
103 Bleiberecht erhalten, das sie vor Abschiebung schützt. Statt der derzeitigen  
104 Duldungsregelung fordern wir für die Zeit der Berufsausbildung und die anschließende  
105 Beschäftigung einen rechtsicheren Aufenthaltstitel, der echte Planungssicherheit für  
106 Geflüchtete und Betriebe garantiert und zu einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis  
107 führt.

108 **6. Geschlechtergerechtigkeit erreichen:** Zahlreiche Berufe gelten auch heute noch als  
109 „typisch männlich“ oder „typisch weiblich“. Derartige Klischees sind hauptursächlich  
110 für geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten bei Jugendlichen. Während „typisch  
111 männliche“ Ausbildungsberufe, beispielsweise in der Industrie, in der Regel deutlich  
112 besser vergütet werden und aufgrund des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades  
113 bessere Ausbildungsbedingungen aufweisen, sind Frauen in „typisch weiblichen“  
114 Ausbildungsberufen überproportional häufig von schlechter Bezahlung, Qualitätsmängeln  
115 in der Ausbildung und prekärer Beschäftigung betroffen. Wir fordern, dass endlich  
116 Schluss ist mit Geschlechterklischees und daraus resultierenden Ungerechtigkeiten. Das  
117 bedeutet, dass die Ausbildungs- und spätere Arbeitsbedingungen in „typisch weiblichen“  
118 Ausbildungsberufen dringend verbessert werden müssen. Außerdem müssen bestehende  
119 Barrieren abgebaut und frühzeitige, interessenbezogene Vorbereitung auf die Lebens-  
120 und Arbeitswelt in Form praxisnaher und gendersensibler Berufsorientierung an allen  
121 Schulformen flächendeckend etabliert werden.

122 **7. Mitbestimmung stärken:** Auszubildende sind Jugendliche und junge Erwachsene. Sie haben  
123 eigene Bedürfnisse, Vorstellungen und Wünsche und können diese auch artikulieren. Ihre  
124 Stimme muss deshalb gehört und ihre Anliegen müssen ernst genommen werden. Bestehende  
125 Möglichkeiten der Azubi-Mitbestimmung sind deshalb weiter auszubauen. Wir setzen uns  
126 für die Senkung der Hürden zur Einrichtung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen,  
127 deren dauerhaftes Stimmrecht in Betriebsratssitzungen sowie den Ausbau  
128 niedrigschwelliger Beschwerdemöglichkeiten und die Ausweitung des  
129 Betriebsratswahlrechts auf minderjährige Auszubildende ein.

130 **8. Ausbildung gerecht finanzieren:** Die Ausbildung junger Menschen ist eine  
131 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der insbesondere die Wirtschaft ein übergeordnetes  
132 Interesse haben muss. Grundsätzlich gilt: nur wer gut ausbildet, erhält die Fachkräfte  
133 von morgen. Dennoch ziehen sich immer mehr Betriebe aus der Ausbildung zurück. Wir  
134 möchten die gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme von Betrieben zur Finanzierung  
135 der Ausbildung sicherstellen. Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und  
136 damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir

137           branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der  
138           Berufsausbildung.

139   9. **Azubis fair bezahlen:** Auszubildende haben ein Recht auf faire Vergütung. Insbesondere  
140   in so genannten klassischen „Frauenberufen“ ist die Ausbildungsvergütung so gering,  
141   dass sie in keinem angemessenen Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht. Die  
142   Unterschiede zwischen den Branchen, aber auch zwischen alten und neuen Bundesländern  
143   sind enorm und verweisen damit auf ein zentrales Problem bei der Lohngerechtigkeit. So  
144   liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Bauhauptgewerbe (alte  
145   Bundesländer) bei rund 1000 Euro, bei Friseur\*innen (neue Bundesländer) bei nur bei  
146   knapp 270 Euro. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine Stärkung der Tarifautonomie  
147   und eine damit verbundene Ausweitung des Geltungsbereichs tarifvertraglicher  
148   Regelungen. Um grundsätzlich allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu  
149   ermöglichen, fordern wir ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine  
150   Mindestausbildungsvergütung analog zum Mindestlohn. Solange Auszubildende nicht darauf  
151   zählen können von der Ausbildungsvergütung eigenständig leben zu können, wollen wir  
152   die Berufsausbildungsbeihilfe für Auszubildende grundsätzlich besser nutzbar machen.  
153   Die Höhe der Fördersätze muss dabei in einem realistischen Verhältnis zu den  
154   tatsächlichen Lebenshaltungskosten stehen. Das Schulgeld für schulische  
155   Berufsausbildungen gehört abgeschafft und die Finanzmittel entsprechend ersetzt.  
156   Auszubildende müssen zudem insbesondere in teuren Ballungszentren dabei unterstützt  
157   werden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir fordern vor diesem Hintergrund Bund,  
158   Länder und Kammern auf, ein gemeinsames Finanzierungsmodell zu entwickeln, mit dem  
159   Auszubildendenwohnheime aufgebaut und betrieben werden können.

160   10. **Weiter beschäftigen:** Ausbildende Betriebe sollten ihre Auszubildenden nach  
161   erfolgreichem Abschluss der Kammerprüfung grundsätzlich unbefristet  
162   weiterbeschäftigen. Im Fall einer Nichtübernahme sollte der Auszubildende spätestens  
163   drei Monate vorher vom Arbeitgeber informiert werden müssen.

## Begründung

Erfolgt mündlich.